



Bürgerbegegnung

zum Thema:

**„Kommunale Partnerschaften als
Antwort auf die europäische Krise“**

vom 16. bis 18. September 2016 im

Landkreis Mainz-Bingen



gefördert durch die Europäische Union im Rahmen des
Programms
„Engagement und Bürgerbeteiligung - Europe for Citizens“



**Landkreis Mainz-Bingen ↔ Provinz Verona ↔ Landkreis Nysa
Bürgerbegegnung im Landkreis Mainz-Bingen
vom 16. bis 18. September 2016 zum Thema:**

„Kommunale Partnerschaften als Antwort auf die europäische Krise“

gefördert durch die Europäische Union im Rahmen des Programms
„Engagement und Bürgerbeteiligung - Europe for Citizens“

Freitag, 16. September 2016

- 19:00 Uhr** Eintreffen der Gäste im Wasems Kloster Engelthal in Ingelheim
- 19:30 Uhr** Eröffnung durch Landrat Claus Schick
Präsentation aller Akteure und des Tagungsprogramms und Dialog mit:
Frau Staatssekretärin Heike Raab, Vertretung des Landes Rheinland-Pfalz
beim Bund und der europäischen Union und dem
Beauftragten der Landesregierung für Migration und Integration Miguel
Vicente
Stellvertretender Landrat Nysa Piotre Wózniak und
Präsidenten der Provinz Verona Antonio Pastoarello

Samstag, 17. September 2016

- 08.15 Uhr** Abfahrt vom "Hotel Am Lerchenberg" nach Heidelberg
- 10.00 Uhr** Zeit zur freien Verfügung
- 12.00 Uhr** Essen im Restaurant „Palmbrau Gasse“
- 13.30 Uhr** Stadtführung
- 19.30 Uhr** Partnerschaftsabend Weingut Eppelmann in Stackeden-Elsheim

Sonntag, 18. September 2016

- 09.30 Uhr** Abfahrt nach Mainz – Zeit zur freien Verfügung
- 11.30 Uhr** Abfahrt zur Partnergemeinde Udenheim, Weingut Junghof in Udenheim



Liebe Gäste, liebe Freunde,

Herzlich willkommen hier im Wasems Kloster Engelthal in Ingelheim, herzlich willkommen zurück im Landkreis Mainz-Bingen. Wie ich sehe, sind sowohl vertraute als auch neue Gesichter aus unseren Partnerschaftslandkreisen unserer Einladung gefolgt. Besonders freue ich mich, dass dieses Jahr auch der Präsident Antonio Pastorello aus unserer Partnerprovinz Verona unter den Gästen ist. Mit ihm darf ich zudem Monica Viviani, Leiterin des Tourismusbüros sowie Anna Kapka, die Vorsitzende des Partnerschaftsvereins der Provinz Verona, begrüßen. Und auch alle weiteren italienischen Gäste heiße ich herzlich willkommen!

Der polnische Landrat Czeslaw Bilobran konnte leider nicht persönlich teilnehmen, weswegen ich seinen Stellvertreter Piotr Woźniak begrüßen darf. Auch den stellvertretenden Vorsitzenden des Kreisrats Ryszard Jamiński heiße ich herzlich willkommen!

Ein herzliches Willkommen an die Staatssekretärin Heike Raab und den Beauftragten für Migration und Integration beim Land Rheinland-Pfalz Miguel Vicente. Ich begrüße auch drei große Unterstützer unserer Partnerschaften: Peter Scholten von der Sparkasse Rhein-Nahe, Thorsten Mühl von der Sparkasse Mainz sowie Christoph Zeis von der EDG, der sich aber erst morgen zu uns gesellt. Am heutigen Abend darf ich auch drei unserer Kreistagsmitglieder willkommen heißen:

Landtagsabgeordnete und FDP-Fraktionsvorsitzende Helga Lerch

Hansi Kissel in Vertretung für die SPD-Kreistagsfraktion

Dr. Joachim Gerhard, in Vertretung für die CDU-Kreistagsfraktion

Jutta Umsonst in Vertretung für die FWG-Kreistagsfraktion

Aus unserem Haus heiße ich die Kreisbeigeordneten Ursula Hartmann-Graham und Burkhard Müller unseren Leitenden Staatlichen Beamten Dr. Stefan Cludius sowie unsere Partnerschaftsbeauftragte Ricarda Kerl willkommen.

Besonders freue ich mich unsere Kommunen mit ihren italienischen Partnergemeinden begrüßen zu können: Bonavigo und Ober-Hilbersheim sowie Dolcé und Udenheim. Ein herzliches Willkommen auch an die Partnergemeinden Bodenheim, Gau-Algesheim und Stackeden-Elsheim.

Drei Jahre ist es nun her, seit sich Vertreter und Bürger der drei Landkreise in Breslau trafen. Drei Jahre, in denen viel geschah, teilweise mehr, als man sich wünscht. Zumindest auf der großen Bühne der Politik und des Weltgeschehens häufen sich beängstigende Entwicklungen: Viele Länder sind zu instabil, um ihren Bewohnern Frieden und Wohlstand bieten zu können. In Folge machen sich diese zu Tausenden auf, um ihr Glück in der Ferne zu suchen. Doch nicht nur in diesen Ländern ist die Sicherheit bedroht: Auch in Europa fand eine Reihe abscheulicher Attentate statt. Dies stärkt hier wie anderswo nationale Bewegungen, und weckt bei vielen den Wunsch nach Abschottung und zur Rückkehr zum alten Glauben, dass ein einzelner Staat besser fähig und in der Lage sei, seinen Bewohnern Wohlstand und Sicherheit zu schenken. Der Brexit ist ein aktuelles Beispiel für diese Entwicklung.

Doch worauf sind Wohlstand und Sicherheit hier bei uns in Europa begründet? Sicher nicht auf wirtschaftlicher und politischer Abschottung – der Blick in die Geschichte zeigt deutlich, wozu das jahrhundert-, nein Jahrtausende lang in Europa führte, wo so viele Völker und Kulturen auf engem Raum leben. Das Gegenteil ist der Fall: Erst durch Annäherung und das

Entdecken von Gemeinsamkeiten wurden ein Neustart sowie der Lebensstandard möglich, den wir heute in unseren weitgehend freien und sicheren Ländern genießen.

1952, nur kurz nach der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, begründeten wir die Partnerschaft mit der Provinz Verona. Viel ist geschehen in dieser langen Zeit: Auf die ersten Treffen auf halbem Weg im österreichischen Stans folgten Tagungen beispielsweise am Chiemsee, in Aschau, Bad Windsheim und München – letztere leitete ich gemeinsam mit Präsident Antonio Pastorello, der damals noch Kulturassessor war und anlässlich des 55-jährigen Jubiläums unserer Partnerschaft im Jahr 2007 mit der Landkreismedaille in Silber für sein Engagement ausgezeichnet wurde. Sie sehen, der Präsident weiß um den Wert unserer kommunalen Partnerschaft.

Deshalb freue ich mich besonders, dass er dieses Wochenende mit uns verbringt. Er ist seit 1998 – nach Antonio Borghesi - der erste Präsident der Provinz Verona, den ich hier bei uns im Landkreis persönlich begrüßen darf.

Kurz nach der Jahrtausendwende entstand die Partnerschaft mit dem Landkreis Nysa, gelegen in unserem östlichen Nachbarland. Lange Zeit waren sich Deutschland und Polen so nah wie fern. Hohe Mauern trennten die Länder und ihre Bewohner. Umso wertvoller ist die entstandene Partnerschaft, und umso mehr freut es mich, dass wir alle -genau wie mit unseren italienischen Freunden - mittlerweile auf viele Begegnungen zurückblicken können, die uns einander näher brachten.

Besonders hervorheben möchte ich auch, dass es allen drei Regionen ein großes Anliegen ist, junge Menschen miteinzubinden und ihnen die Freude sowie die Vorteile internationaler Begegnungen und Freundschaften nahezubringen. Daher brachten zahlreiche Jugendaustausche und –reisen teilweise Jugendliche aller drei Regionen zusammen. Viele Schulen pflegen freundschaftliche Kontakte:

Freundschaften sind keine Selbstverständlichkeit – sie wollen immer wieder gepflegt und erneuert werden. Wenn wir unsere Partnerschaften mit allen Vorteilen aufrechterhalten wollen, dann müssen wir uns alle immer wieder neu einbringen.

Als allererstes, liebe Freunde, können Sie das tun, indem Sie die vor uns liegenden gemeinsamen Tage genießen! Treffen Sie alte Freunde, knüpfen Sie neue Kontakte, tauschen Sie sich aus, auch kritisch, und vor allem lassen Sie sich inspirieren. Seien Sie offen das Fremde kennenzulernen und Gemeinsamkeiten zu entdecken. Wenn Sie dann am Sonntag zurück in Ihren Heimatregionen sind, erinnern Sie sich daran, dass derartige Begegnungen keine Selbstverständlichkeit sind und wir alle etwas tun müssen, um sie aufrechtzuerhalten.

Ich wünsche uns alle großartigen Tage hier bei uns im Landkreis Mainz-Bingen und über seine Grenzen hinaus!

Landrat Mainz-Bingen, Claus Schick



Sehr geehrter Herr Landrat Claus Schick,

wir sind heute bei unseren deutschen Freunden zu Gast, daher bitte ich Sie, mich meine kurze Rede mich bitte auf Deutsch halten zu lassen, obwohl mein Deutsch nicht perfekt ist. Ich freue mich sehr, heute hier sein zu dürfen. Es ist schön, dass wir unsere Partnerschaft - unsere Freundschaft - so pflegen, dass wir uns treffen und miteinander reden, um gemeinsame Initiativen zu realisieren.

Zu Anfang meiner kurzen Rede möchte ich Ihnen herzliche Grüße vom Landrat Czesław Biłobran ausrichten. Leider konnte er nicht mit uns ankommen und sich mit Ihnen treffen. Er wünscht Ihnen aber eine schöne Zeit im Landkreis Mainz – Bingen, die sie bestimmt haben werden, da Herr Landrat Schick ein sehr guter Gastgeber ist.

Sehr geehrter Damen und Herren,
das Thema unserer Partnerschaftstagung ist: „Kommunale Partnerschaften als die Antwort auf die europäische Krise“. Zweifellos haben wir zurzeit eine Krise in Europa. Europa erlebt heute schwierige Zeiten, aber wir müssen glauben, dass wir als Kommunen, als Partner und Freunden zugleich, ein erfolgreiches Werkzeug haben, um unser Europa zu verbessern. Dieses Werkzeug sind wir alle, alle, die sich in unserer Partnerschaft engagieren, die abgesehen von großer Politik, alles tun, was sie können, um diese internationalen Freundschaften zu unterstützen.

Vor zwei Jahren sprach ich mit dem Landrat Biłobran über unsere Partnerschaften, über die Menschen, die sich persönlich stark engagieren. Diese Menschen sind das Wesen der kommunalen Partnerschaften. Wir haben damals entschlossen, wir müssen diese Menschen ehren, zeigen, dass wir wissen, dass wir ihre Arbeit sehen und schätzen.

Sehr geehrte Damen und Herren,
zum Schluss noch ein paar Worte über die Zukunft und unsere weitere Zusammenarbeit. Wie gesagt, abgesehen von der großen Politik, möchten wir unsere Partnerschaft weiter entwickeln und nach neuen Initiativen suchen. Wir sind offen für neue Ideen und auch für neue Partnerschaften zum Beispiel zwischen Regionen, aber auch zwischen Schulen oder Unternehmen. Wir möchten die Treffen in kleinen Gruppen organisieren, bei uns natürlich, aber auch können wir gern hier, zu euch kommen. Es ist wichtig für uns, unsere Partnerschaft - unsere Freundschaft – weiter zu entwickeln und neue Kontakte zu knüpfen. Ich denke, über die Einzelheiten werden wir bestimmt noch reden. Wir sind aber offen und davon überzeugt, dass kommunale Partnerschaften die Antwort auf die europäische Krise sind.

Ich bedanke mich recht herzlich für die Einladung, aber auch für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen eine schöne Zeit und fruchtbare Gespräche.

Wozniak, Stellvertretender Landrat Nysa



Liebe Freunde aus dem Landkreis Mainz-Bingen und Nysa!

Lieber Landrat Schick ,

sehr geehrter Herr stellvertretender Landrat Woźnial (Landkreis Nysa/Neiße),

sehr geehrte Frau Staatssekretärin Heike Raab,

sehr geehrter Herr Beauftragte für Migration und Integration beim Land Rheinland-Pfalz Miguel Vicente.

Sehr geehrte Frau Kreisbeigeordnete Ursula Hartmann-Graham,

sehr geehrter Herr Kreisbeigeordnete Burkhard Müller,

sehr geehrter Herr Peter Scholten von der Sparkasse Rhein-Nahe,

sehr geehrter Herr Thorsten Mühl von der Sparkasse Mainz,

sehr geehrter Herr Christoph Zeis von der EDG.

Liebe Anna Kapka Vorsitzende des Partnerschaftsvereins,

liebe Frau Partnerschaftsbeauftragte Ricarda Kerl.

Sehr geehrte Damen und Herren!

und verzeihen Sie mir, dass ich sicherlich vergessen habe, einige von Ihnen zu nennen.

Die notgedrungene Auswanderung von Millionen von Menschen, die ihre Ursprungsländer aus politischen, ethischen oder religiösen Gründen verlassen haben, hat die Menschengeschichte seit jeher gekennzeichnet. In den letzten Jahren hat die Große, und manchmal unterschiedslose Anzahl von Flüchtlingen aus zerstörten Ländern viele Probleme in Europa und Italien verursacht.

Wegen seiner geographischen Lage ist Italien zweifellos stärker als andere Europäischen Länder von dieser dramatischen Situation betroffen.

Unter den Menschen die vor Kriegen, Invasionen, Revolten, Hungersnot und Umweltkatastrophen fliehen sind leider aber auch Menschen die illegal und rechtlos in unser Land eintreten wollen.

Viele der Flüchtlinge die von überfüllten Booten im Meer gerettet werden, sind an unseren Meeresküsten aufgenommen und gesetzlich eingetragen. Sie werden dann verschiedenen italienischen Städten zugewiesen und dorthin transportiert um zu warten dass ihre Asylbewerbung akzeptiert werden kann.

Die Wohnungen oder andere Gebäude wo diese Flüchtlinge, manchmal viel zu viele in Anbetracht der Wohnbarkeit, untergebracht werden, sind von Sozialgenossenschaften geleitet die nicht immer, oder nicht alle, transparent und korrekt handeln.

Oft wird diesen Flüchtlingen keine Arbeit zugewiesen und sie verschwenden ihre Zeit auf den Straßen. Dies verursacht Unbehagen und Unzufriedenheit in der lokalen Bevölkerung, die sich den Lebensunterhalt in dieser endlosen Wirtschaftskrise mühsam verdient.

Viele Menschen spüren heutzutage Angst vor Zuwanderung weil sie sehen dass die Institutionen mit der Krisensituation nicht kompetent umgehen. Man hat den Eindruck dass die Institutionen nicht imstande sind die Flüchtlinge sowohl in Europa unterzubringen als auch in ihre Ursprungsländer zurückzuschicken.

Die vielen Klandestinen die sich in Italien befinden, durchschlagen sich und/oder leben von Schwarzarbeit. Oft sind sie von Menschen aus dem gleichen Land ausgebeutet, die das Aufenthaltsrecht haben. Die Kriminalität nimmt zu und dies verursacht noch größere Unzufriedenheit im Großteil der italienischen Bevölkerung die nicht a priori gegen die Einwanderer sind, sondern gegen sozialen Verfall, Ausbeutung und Illegalität .

In den letzten Monaten hat sich die Herkunft der Einwanderer in Italien etwas verändert. Heute sind vorwiegend Menschen aus Afrika, die an unsere Küsten landen: Nigeria (20%), Eritrea (12%), Gambia, Guinea, Sudan und Elfenbeinküste (7%), Somalia, Senegal und Mali (5%). Am meisten sind Männer (70% von den 115.000 Einwanderer seit Beginn 2016). Die unbegleiteten Minderjährigen (16% der Einwanderer) nehmen ständig zu.

Wir sind bewusst dass die Bürgerkriege in Nordafrika und in Nahem Osten noch nicht vorbei sind und dass jene Länder vielleicht nur in Jahrzehnten sicher sein können. Leider gibt es noch keine gesetzlichen Maßnahmen die die Flüchtlinge aus dem Menschenhandel retten können.

Außerdem schätzt die UNO dass 20 bis 30% der in Europa ausgewanderten Menschen vor Armut meistens aus West-Afrika fliehen.

2016 ist Europa nicht imstande gewesen sichere gesetzliche Maßnahmen zu treffen um den Auswanderern zu ermöglichen, nach Europa ohne Lebensgefahr zu kommen. Und es ist eine Schande dass Europa selbst nicht gelungen ist, die Migranten unter den UE-Ländern unterzubringen. Von den planmäßigen 160.000 wurden nur wenige Tausend Flüchtlinge untergebracht.

Es ist keine Krisensituation mehr, es ist eine nachhaltige Situation die von allen EU-Ländern ernst in Angriff genommen werden muss. Man muss besonders die Gründe berücksichtigen, die die Auswanderung von Millionen Menschen verursachen und muss sich daher um Kriege, politische Instabilität, Menschenrechtsverletzungen, Armut, Klimawandel und wirtschaftliche Entwicklung kümmern.

Bei einer solchen, dramatischen Situation welche sind die sofortigen, von EU unterstützten Maßnahmen die man unverzüglich treffen muss? Meiner Meinung nach ist es wichtig: Investition und Arbeitsplätze schaffen in den politisch stabilen Ländern, wo jedoch die Bevölkerung in Armut lebt. Besonders die Frauenausbildung und die Frauenarbeit muss entwickelt werden.

Aufnahmencentren in den Herkunftsländern bauen, für diejenigen die kein Haus, keine Arbeit und keine Lebenssicherheit haben.

Mitarbeiten mit den Herkunfts- und Transitländern, um illegale Einwanderung zu versperren und verhindern

in die Herkunftsländer zurückschicken wer kein Recht hat, in der EU aufzuhalten

Was die Klandestinität in Italien betrifft muss das Gesetz zum Teil geändert werden. In Italien gibt es nämlich keine Strafsicherheit und der Verbrecher wird oft abends verhaftet und am Tag danach wieder freigelassen.

Außerdem, damit die Integration korrekt abläuft ist es auch nötig dass die Einwanderer nicht nur ihre Rechte sondern auch ihre Pflichten berücksichtigen. Und das bedeutet auch die Werte der Länder kennenzulernen und zu befolgen wo sie untergebracht werden oder werden wollen.

Zum Schluss möchte ich unterstreichen wie jede Situation, wie schwierig auch ist, immer etwas Positives mitbringt. Wir müssen auch über das eindrucksvolle Engagement vieler Italiener berichten. Katholische aber auch nicht-religiöse ehrenamtlich Tätig schaffen Größe Arbeit und oft kommen den Mängeln der öffentlichen Institutionen nach. Uniformierte Menschen retten Menschen immer wieder. Der italienische Staat, und die anderen EU-Länder müssen und können jedoch viel mehr schaffen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

Präsident Provinz Verona, Antonio Pstorello



Liebe Freunde aus Verona, liebe Freunde aus Nysa und dem Landkreis Mainz-Bingen!
Sehr geehrter Herr Präsident Pastorello (der Provinz Verona),
sehr geehrter Herr stellvertretender Landrat Woźnial (Landkreis Nysa/Neiße),
sehr geehrter Herr Gastgeber, lieber Landrat Schick,
lieber Miguel Vicente,

ich freue mich - und es ist mir auch eine Ehre - heute Abend an diesem wunderbaren Veranstaltungsort bei Ihnen sein zu können. Gerne Überbringe ich die herzlichsten Grüße unserer rheinland-pfälzischen Ministerpräsidentin Malu Dreyer. Auch für sie sind die europäischen Begegnungen und die gemeinsamen Projekte, die ja den europäischen Geist erst erfahrbar machen, so wie Ihre Partnerschaft hier, von großer Bedeutung.

Partnerschaft in Landkreis Mainz-Bingen

Seit 1952 ist der Landkreis Mainz-Bingen partnerschaftlich mit der italienischen Provinz Verona verbunden. Damit pflegen Sie hier vor Ort gemeinsam mit den Partnern aus der Stadt von „Romeo und Julia“ eine der ältesten kommunalen Partnerschaften in der EU. Vor 15 Jahren (in 2001) entstand die Partnerschaft mit dem Landkreis Neiße in Polen. Und auch mit Kirehe in Ruanda haben die Menschen im Landkreis eine enge Beziehung. Sie alle hier sind ein hervorragendes Beispiel für die europäischen und sogar internationalen Beziehungen. Freundschaft über Grenzen hinaus, die Kulturen verbindet. Viele persönliche Kontakte sind entstanden, Menschen engagieren sich auf den unterschiedlichsten Ebenen in Kommunen, Vereinen, Verbänden oder Schulen. und Einsatz.

EU fördert Partnerschaften

Sehr geehrte Damen und Herren,

Seit nunmehr 25 Jahren fördert die EU die Aktivitäten der Partnerschaftsarbeit. Dies geht zurück auf eine Initiative aus dem Europäischen Parlament im Jahr 1988, in deren Folge Mittel für kommunale Partnerschaften bereitgestellt wurden. Seitdem hat sich Vieles verändert: die EU selbst, die Partnerschaftsarbeit und auch das Förderprogramm, an dem sie mit der Veranstaltung hier heute Abend teilnehmen.

Es ist, so auch die Darstellung der Europäischen Kommission, politischer geworden: Neben die Initiierung von grenzübergreifenden Freundschaften ist der internationale Austausch über aktuelle Herausforderungen in Europa getreten. Dieser Ansatz ist ein Zeichen dafür, dass auch die Partnerschaftsarbeit aus ihren Kinderschuhen rausgewachsen und fester Bestandteil europäischer Integration geworden ist.

In den Partnerschaftsbewegungen setzt sich der Gedanke durch, dass Kommunalpartnerschaften nicht nur Angebote sein sollen an die Bürgerinnen und Bürger, sondern ein Projekt, das sie auch maßgeblich selbst entwickeln und gestalten. Die Formen

hierfür sind sehr unterschiedlich, aber immer stellen die Partnerschaftsaktivitäten eine Möglichkeit dar, die Bürgerinnen und Bürger aus der „Konsumentenhaltung“ herauszuholen und sie zu Mitgestaltern zuerst der Partnerschaft selbst, aber dann auch des Zusammenlebens überhaupt zu machen. Das halte ich für eine gute Entwicklung, die uns hilft die EU von unten nach oben demokratischer werden zu lassen, durchlässiger und transparenter für alle.

Land ist dankbar für den ehrenamtlichen Einsatz

An dieser Stelle darf ich gerade auch den vielen Ehrenamtlichen mal den Dank der Landesregierung übermitteln. Sie setzen sich gerade in diesen Partnerschaften so hervorragend für das Gelingen von Treffen, Veranstaltungen wie diesen hier heute und überhaupt für das Leben in einer Kooperation über Sprachgrenzen und Bürokratiebarrieren hinweg ein. Dankeschön! Ihren Appell an uns, dass wir uns gegenüber den Institutionen in Brüssel und Straßburg dafür einsetzen sollen, die Antragsstellung für eine europäische Förderung der Partnerschaftsarbeit, z.B. im Programm für Bürgerinnen und Bürger zu vereinfachen, haben wir gehört und werde ich sicherlich weitergeben.

Unser Land Rheinland-Pfalz liegt im Herzen Europas. Mit seinen Grenzen zu Luxemburg, Frankreich und Belgien sind wir wie andere Grenzregionen auch in besonderer Weise von den politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklungen in Europa betroffen. Seit vielen Jahrzehnten profitieren wir von der europäischen Integration. Ihre Fortentwicklung und Stärkung gerade auch in Zeiten der Krisen liegt uns besonders am Herzen.

Aktuelles EU-Krisenszenario

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Die EU steht derzeit wieder einmal vor sehr schweren Herausforderungen:

- Der Brexit bereitet Kopfschmerzen - nicht nur auf der Insel, sondern auch im Rest der Union. Die neue Premierministerin May hat vor kurzem angekündigt, nicht vor 2017 einen Antrag nach Art. 51 zu stellen, d.h. dass der Startschuss für die Verhandlungen zwischen der EU und Großbritannien noch lange nicht fällt und Unsicherheit über den künftigen Status und die Art der Zusammenarbeit mit dem Ex-EU-Mitglied lange offen bleiben wird.
- Die Flüchtlingsfrage, darauf muss ich gleich noch einmal eingehen, hat einen Keil zwischen die Mitgliedstaaten getrieben, dieser steckt noch tief und die kommenden Monate werden zeigen, ob die EU unter diesen Bedingungen zur dringend erforderlichen Reformschritten überhaupt in der Lage sein wird.
- Die Staats- und Regierungschefs haben sich ja gerade heute zu einem informellen Treffen in Bratislava zusammengefunden. Die informellen Tagungen dienen in der Regel dazu, tatsächlich miteinander zu diskutieren und dies ohne den bei den regulären Treffen immer vorhandenen Druck sich auf ein Dokument mit Schlussfolgerungen, einzelne Formulierungen und Prioritäten einigen zu müssen.
- Jugend ohne Arbeit – Europas Wunde, unter dieser Überschrift analysierten zwei Autoren der Süddeutschen Zeitung vor zwei Wochen die Hintergründe für die nach wie vor schlimme Situation von unter 25-jährigen in viel zu vielen der EU-Mitgliedstaaten. In Griechenland liegt die Arbeitslosenquote in dieser Gruppe bei über 50 Prozent und in Spanien, aber auch Italien mit 39 und 26 Prozent. Noch im Oktober wird die EU-Kommission evaluieren, warum die milliardenschweren EU-Hilfsprogramme und -Aktionen gegen die Jugendarbeitslosigkeit noch nicht den gewünschten Effekt für die Jugend erzielen konnten.

All das vorher Gesagte führte leider zu einer Entwicklung, die uns alle mit tiefer Besorgnis erfüllt. Im Zuge dauerhafter Krisendiskussionen verlieren Bürgerinnen und Bürger das Vertrauen in die Institutionen der EU, und die Solidarität der Bevölkerungen zwischen den

Mitgliedstaaten wird auf eine harte Probe gestellt. Der bis heute zwischen den Mitgliedstaaten umstrittene Umgang mit der Flüchtlingsfrage ist dafür nur ein Beleg. Es genügt nicht, sich auf eine gemeinsame Einwanderungspolitik zu verständigen, es genügt nicht vereinbarte Verteilschlüssel umzusetzen, stattdessen errichten einzelne Mitgliedstaaten Zäune, Menschen auf der Flucht ertrinken weiterhin im Mittelmeer und wir setzen auf das EU-Türkei-Abkommen als Lösung.

Der Präsident des Europäischen Parlaments Martin Schulz konstatierte in diesem Zusammenhang, dass das Problem nicht Europa sei, sondern vielmehr der „Nationalismus einiger Regierungen“. Selbst keine Flüchtlinge aufnehmen, mit nationalen Alleingängen Probleme verursachen und dann behaupten, Europa sei nicht in der Lage, das Flüchtlingsproblem zu lösen. Dies sei „Zynismus ohne Gleichen“.

<http://de.euronews.com/2016/05/12/martin-schulz-nicht-die-fluechtlinge-egoismus-ruiniert-die-eu>

Partnerschaftliche Zusammenarbeit über Nationalismus

Wenn wir den Gedanken der Europäischen Union, die uns seit nunmehr 70 Jahren Frieden sichert, stärken wollen, müssen wir den alten Nationalismus bekämpfen. Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, leisten dazu einen wichtigen Beitrag mit ihrem partnerschaftlichen Engagement.

Es stimmt mich optimistisch, dass eine Jugend heranwächst, die sich die EU, die offenen Grenzen, den Euro, die Austauschmöglichkeiten oder die deutliche Gebührenherabsetzungen beim Roaming nicht mehr nehmen lassen wollen.

Europa ist ihre Heimat. Aber wenn diese jungen Menschen sich nicht gleichzeitig auch für die Demokratie, die Beteiligung am gesellschaftlichen Leben einsetzen, können wir die europäischen Errungenschaften nicht halten. So haben sich die meisten jungen Leute in der Brexit-Frage für den Verbleib in der EU gegenüber den Meinungsumfrageinstituten ausgesprochen, aber sie gingen leider nicht wählen. Gerade die Wahlbeteiligung der Jungen war erschreckend niedrig.

Landesregierung unterstützt kommunale und regionale Zusammenarbeit

Die Landesregierung, meine sehr verehrten Damen und Herren, sieht in der verstärkten Zusammenarbeit von Regionen und Kommunen eine Perspektive für einen neuen Politikansatz eines „Europas von unten“ und für eine erhöhte Akzeptanz der EU insgesamt. Dabei geht es darum, regionale Vielfalt, Bürgernähe und Demokratie in die Brüsseler Prozesse einzubringen. Voraussetzung dafür ist, dass die Eigenständigkeit von Regionen und Kommunen dauerhaft bewahrt wird, denn diese Vielfalt ist ein wesentliches Merkmal und der Reichtum Europas. Die Regionen sollen im Rahmen des geeinten Europas auch künftig ihre Angelegenheiten soweit als möglich eigenständig regeln und an der Willensbildung der EU und des vereinten Europas mitwirken können.

Die Länder und Regionen haben durch ihre vertraglich gesicherte Mitwirkung an der Subsidiaritätskontrolle eine Mitverantwortung dafür, dass europäische Politik wirkungsvoll und zugleich auch dezentral und bürgernah gestaltet wird. Wir in der Landesregierung nehmen diese Aufgabe sehr ernst und haben uns deshalb auch in der Koalitionsvereinbarung ausdrücklich zu unserem politischen Beitrag für das gemeinsame Europa bekannt.

Wir setzen uns für eine starke, demokratische und solidarische EU ein. Sie ist so viel mehr als ein Wirtschaftsraum.

Gemeinsame Interessenvertretung auch in Europa

Die EU muss eine soziale und politische Union sowie international eine zivile Friedensmacht werden. Die Koalitionspartner setzen sich für ein hohes Niveau der Bürger- und Grundrechte, des Datenschutzes, der sozialen Sicherung, des Umwelt-Klima- und Verbraucherschutzes und wirtschaftliche Impulse ein. In Bereichen der Arbeitsmarkt-, Wirtschafts-, Friedens- und Migrationspolitik sowie in der Gestaltung der Digitalisierung sehen wir besonderen Handlungsbedarf.

Nur durch eine gemeinsame Interessenvertretung haben die Europäerinnen und Europäer auch die Chance, sich in der globalen Wirtschaftsstruktur unserer Zeit - und gerade im Hinblick auf den Aufstieg der Schwellenländer und einer sich entwickelnden neuen Weltordnung - zu behaupten. Gemeinsam verfügen sie auch über ein hinreichend großes wirtschaftliches und politisches Gewicht, um in internationalen Konferenzen weltweit für eine nachhaltige globale Entwicklung in der Energie- und Klimapolitik und für weltweit geltende soziale Mindeststandards – etwa im Hinblick auf die Durchsetzung der Rechte von Kindern – einzutreten.

Bei der Planung europäischer Projekte spielen die europäischen Städte und Regionen seit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon im Dezember 2009 eine größere Rolle als je zuvor: Über 60 Prozent aller auf EU-Ebene verabschiedeten Gesetze haben direkte oder indirekte Auswirkungen auf kommunale Aufgabengebiete. Zuvor waren die Rechte der Kommunen im Vergleich zu den Bundesländern in der EU nur schwach geschützt und die Kommunen hatten nur wenig direkte Einflussmöglichkeiten. Neben der Anerkennung des Grundsatzes der kommunalen Selbstverwaltung im Vertragstext fand eine Ausweitung des Subsidiaritätsprinzips auf die regionale und lokale Ebene statt.

Bei neuen Gesetzesvorschlägen steht die Europäische Kommission in der Pflicht darzulegen, warum entsprechende Rechtsakte tatsächlich auf europäischer Ebene besser erfüllt werden können als direkt vor Ort.

Unserer gemeinsamen kommunalen und regionalen institutionalisierten Vertretung in Brüssel, dem Ausschuss der Regionen (AdR) wurde gleichzeitig das Recht auf Subsidiaritätsklage vor dem Europäischen Gerichtshof zuerkannt. Ich arbeite seit ich die Verantwortung für die Europapolitik in der Landesregierung übernommen habe mit im AdR und ich sehe eine Fülle an Möglichkeiten, gemeinsam europäische Prozesse und Entscheidungen mit beeinflussen zu können. Partner suchen und finden und Netzwerke aufbauen und pflegen, ist eine der zentralen Voraussetzungen dafür. Im Europäischen Parlament sehe ich unseren wichtigsten Partner, wenn es um die Bürgerinteressen in unserem Europa geht.

Rheinland-Pfalz ist der guten Nachbarschaft in Europa in besonderer Weise verpflichtet. In unserer Landesverfassung sind die Zusammenarbeit mit anderen europäischen Regionen und die grenzüberschreitenden Beziehungen zwischen benachbarten Gebietskörperschaften und Einrichtungen als Aufgabe festgeschrieben.

Dieser Verfassungsauftrag ist Richtschnur für die Europapolitik des Landes. Unsere Ministerpräsidentin hat in ihrer Regierungserklärung in diesem Jahr die Frage gestellt, wie wir unsere Gesellschaft und Europa angesichts der Probleme zusammenhalten können und welches Gesicht unsere Gesellschaft in Zukunft erhalten soll. Auch wenn die Erfahrungen der letzten Jahre häufig genug mehr als ernüchternd gewesen seien, fährt Malu Dreyer fort, und nationale Egoisten immer wieder die Oberhand gewonnen hätten, „auf unsere Haltung kommt es an – und auf die Bereitschaft zum nachbarschaftlichen Zusammenleben.“

In diesem Sinne wünsche ich den Treffen heute und morgen einen erfolgreichen Verlauf.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Staatssekretärin, Heike Raab



Vom Krisenmodus zur Integrationsstrategie

Rheinland-pfälzische Erfahrungen und Strategien in der Flüchtlingspolitik

Das Jahr 2015 wird zweifellos in die Geschichte der bundesdeutschen Flüchtlings- und Migrationspolitik eingehen. Etwa 1,1 Mio. Menschen suchten Schutz in Deutschland; so viele Flüchtlinge innerhalb eines Jahres hat es seit der Nachkriegszeit nicht mehr gegeben. Staat und Gesellschaft sahen sich mit der Herausforderung konfrontiert, innerhalb sehr kurzer Zeit sehr viele Menschen unterzubringen und zu versorgen. Schnelles Handeln war gefragt, Improvisation und der Aufbau neuer Strukturen, um diese Herkulesaufgabe bewältigen zu können. Heute schon kann man sagen, dass dies angesichts der schwierigen Situation erstaunlich gut gelungen ist, weil Staat, Hilfsorganisationen und die Zivilgesellschaft in diesem Krisenmodus zuweilen außerordentliches geleistet haben.

Wie wird uns diese Erfahrung des Jahres 2015 nun langfristig prägen? Wird Deutschland daraus als ein kompetenteres Einwanderungsland hervorgehen, weil es seine Institutionen und Menschen darin stärken konnte mit Zuwanderung und Integration erfolgreicher umzugehen? Oder wird Angst vor Zuwanderung, Fremdenfeindlichkeit und Rechtspopulismus zunehmen, werden die Gräben größer zwischen Befürwortern und Gegnern einer humanen Flüchtlingspolitik, zwischen jenen, die gesellschaftliche Vielfalt für normal und förderlich halten und jenen, die sich davon bedroht fühlen und diese ablehnen?

Die Antwort darauf werden wir erst in einigen Jahren, vielleicht auch erst in Jahrzehnten wissen. Sicher ist aber, dass die Antwort davon abhängen wird, wie wir als Gesellschaft diese Herausforderung angehen. Es wird darauf ankommen, ob wir ängstlich daran gehen oder ob wir zupacken und es gelingt, aus dem Krisenmodus, der das Handeln im Jahre 2015 überwiegend geprägt hatte, eine Strategie der nachhaltigen Integration zu entwickeln.

Was sind die Grundvoraussetzungen und Rahmenbedingungen, auf die wir in dieser Situation treffen? Nicht wenige haben Zweifel daran, dass die Aufnahme von so vielen Flüchtlingen überhaupt gelingen kann und sehen Deutschland bereits damit überfordert, finanziell, kulturell und integrationspolitisch. Doch eine genauere Betrachtung kann zu einem anderen Schluss führen: Denn so sehr die hohe Zahl der Flüchtlinge historisch ist, so sehr verfügt Deutschland derzeit über „historisch“ gute Rahmenbedingungen und Ressourcen um diese Herausforderung zu meistern.

Erstens ist die wirtschaftliche Situation in Deutschland weiterhin recht robust und insbesondere der Arbeitsmarkt ruft nach Arbeitskräften, die in manchen Regionen und Branchen händeringend gesucht werden. Alleine bis zum Jahr 2020 werden laut Prognosen bis zu 1,8 Mio. Arbeitskräfte fehlen, längerfristig wird diese Zahl durch den demographischen Wandel noch größer werden. Flüchtlinge brauchen in der Regel mehr Zeit um auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen, als andere Zugewanderte. Längerfristig können sie aber ähnlich hohe Beschäftigungsquoten erreichen wie diese. Das zeigen die Erfahrungen der vergangenen Jahrzehnte¹.

¹ Siehe: Flüchtlinge und andere Migranten am deutschen Arbeitsmarkt: Der Stand im September 2015
Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 14/2015
http://doku.iab.de/aktuell/2015/aktueller_bericht_1514.pdf

Zweitens: Die Aufwendungen der öffentlichen Haushalte für die Sicherung der sozialen Bedürfnisse der Flüchtlinge sind zweifelsohne immens und gehen derzeit in die zweistellige Milliardenhöhe. Für viele Kommunen und Bundesländer ist dies angesichts ihrer teils sehr prekären Haushaltslage eine riesige Herausforderung. Gleichzeitig weist der Bundeshaushalt durch die andauernde gute wirtschaftliche Situation Überschüsse auf. Die Bundesländer konnten zwar die Beteiligung des Bundes an den sozialen Kosten der Flüchtlings durchsetzen, es bedarf aber eines stärkeren finanziellen Beitrages der Bundesregierung, die in dieser nationalen Gemeinschaftsaufgabe auch finanziell angemessen Verantwortung übernehmen sollte. Es verwundert sehr, dass der Bund hier nicht proaktiv handelt und von den Bundesländern in zahlreichen Verhandlungsrunden immerzu gedrängt werden muss, einen gebührenden Kostenbeitrag zu übernehmen.

Gesamtökonomisch bedeuten diese staatlichen Ausgaben übrigens auch eine Investition in die Zukunft, vor allem dann, wenn es damit gelingt, dass Geflüchtete in den Arbeitsmarkt integriert werden und Beiträge für die sozialen Sicherungssysteme leisten. „Es kann sich auf lange Sicht rechnen, öffentliche Gelder für die bedarfsgerechte Qualifikation und die wirtschaftliche Integration der Neuankömmlinge in die Hand zu nehmen. Öffentliche Ausgaben (...) könnten auf mittlere und längere Sicht gute Renditen in Form von Steuer- und Beitragseinnahmen und niedrigerer Ausgaben für die soziale Grundsicherung abwerfen“, so Prof. Dr. Holger Bonin in einer Expertise für die Heinrich Böll Stiftung².

Drittens fangen wir integrationspolitisch nicht bei null an. Deutschland kann aus über sechzig Jahren Erfahrung mit Zuwanderung schöpfen. Vor allem in den letzten zehn Jahren sind auf vielen Ebenen integrationspolitische Strukturen und Konzepte aufgebaut und entwickelt worden. Dazu gehören die Integrationskurse für Zugewanderte oder die Migrationsfachdienste der Wohlfahrtsverbände, aber auch etablierte Fördersprachprogramme in Schulen und Kitas. Auch ist der Arbeitsmarktzugang für Asylsuchende verbessert worden - sowohl rechtlich als auch durch klarere Zuständigkeiten der Arbeitsagenturen und Jobcenter. Es gibt inzwischen deutlich verbesserte Verfahren zur Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse. Viele Institutionen und Organisationen haben sich der „Interkulturellen Öffnung“ verpflichtet, Kommunen und Bundesländer haben Integrationskonzepte entwickelt, um ihre Integrationspolitik besser koordinieren und steuern zu können.

All diese Erfahrungen und Strukturen sind nun wichtige Säulen für die gesellschaftspolitische Integration der Flüchtlinge. Doch Flüchtlinge bringen Besonderheiten mit, die von vielen vorhandenen Angeboten und Strukturen noch nicht in der nötigen Quantität und Qualität berücksichtigt werden. Wie etwa Traumatisierungen, für die noch nicht flächendeckend angemessene psychotherapeutische Angebote bereit stehen. Oder erprobte und implementierte Verfahren zur Ermittlung der Bildungs- und Berufsabschlüsse für jene Flüchtlinge, die keine formellen Abschlüsse vorlegen können. Gleiches gilt für den Umgang mit besonders schutzbedürftigen Gruppen, wie unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. Am wirkungsvollsten und nachhaltigsten ist es, die Bedürfnisse der Flüchtlinge in den vorhandenen Strukturen und Angebote zu berücksichtigen. Statt der Schaffung zusätzlicher, paralleler Strukturen also, gilt es, die vorhandenen Regelstrukturen zu öffnen. Das ist der Ansatz, der in Rheinland-Pfalz verfolgt wird.

Die rheinland-pfälzische Landesregierung hat noch im Spätsommer 2015, mitten in der Zeit des großen Flüchtlingszugangs, die Maßnahmen zur Integration der Asylsuchenden verstärkt und das „Integrationskonzept für Flüchtlinge“ verabschiedet. Dort werden in den sechs Bereichen Partizipation und Teilhabe, Bildung, Arbeit und Ausbildung, Familie, Gesundheit und Religion, Strategien und Maßnahmen aufgeführt, die kontinuierlich erweitert und weiterentwickelt werden.

² Gewinne der Integration – Berufliche Qualifikation und Integrationstempo entscheiden über die langfristigen fiskalischen Kosten der Aufnahme Geflüchteter

Von Prof. Dr. Holger Bonin, Herausgegeben von der Heinrich-Böll Stiftung 2016

http://doku.iab.de/aktuell/2015/aktueller_bericht_1514.pdf

Entscheidend für ein bedarfsgerechtes und nachhaltiges Wirken der unterschiedlichen Maßnahmen ist es, dass die verschiedensten Akteure eingebunden und Strukturen der Koordination geschaffen werden. Drei Beispiele sollen hier kurz genannt werden:

Die schulische Aufnahme der Flüchtlingskinder erfolgt in Rheinland-Pfalz unter dem Grundsatz der Integration in Regelklassen von Anfang an, allerdings ergänzt durch eine hohe Wochenstundenzahl an Deutsch-Intensivkursen. Da diese Kurse klassen-, jahrgangs- oder schulartübergreifend eingerichtet werden können, bedarf es einer entsprechenden Koordination vor Ort. Dazu wurden von der Schulaufsichtsbehörde Runde Tische eingerichtet (inzwischen über 40 landesweit), an denen neben dem Schulträger andere lokale Akteure eingebunden werden.

Eine ähnliche Koordination ist im Bereich der Arbeitsmarktintegration von Bedeutung. Hier hat die Landesregierung vorhandene Strukturen genutzt, wie den seit langem bestehenden „Ovalen Tisch für Ausbildung und Fachkräftesicherung“. Dort hat man gemeinsam mit den Partnern, wie Gewerkschaften, Kammern oder der Bundesagentur für Arbeit einen umfangreichen Aktionsplan zur Integration von Flüchtlingen entwickelt.

Hohe Herausforderungen bestehen auch in der Koordination und Förderung der in der Flüchtlingshilfe ehrenamtlich Tätigen. Dieses Engagement ist auch in Rheinland-Pfalz nicht nur eindrucksvoll zahlreich und vielseitig, es ist auch von entscheidender Bedeutung für das Gelingen dieser Gemeinschaftsaufgabe. Das Land hat daher frühzeitig die Förderung des Ehrenamtes in diesem Bereich gestärkt und unterschiedliche Maßnahmen entwickelt. Dazu zählt die Aufstockung der Fördermittel für ehrenamtlich getragene Maßnahmen, aber auch die Einrichtung einer landesweiten Koordinierungsstelle. Diese gibt nicht nur praktische Hilfestellungen an die unterschiedlichsten Initiativen und die Aktiven, sie bietet auch nachgefragte Qualifizierungsangebote an, etwa zum Asyl- und Aufenthaltsrecht, zum Umgang mit traumatisierten Menschen oder zur Zusammenarbeit zwischen Ehrenamt und Hauptamtlichen. Bei Letzterem haben wir in der Flüchtlingshilfe ganz neue Erfahrungen der Zusammenarbeit sammeln können, die wir uns vor wenigen Jahren uns nicht haben vorstellen können und die das Verhältnis und die Zusammenarbeit zwischen Haupt- und Ehrenamt nachhaltig positiv prägen werden.

Dieses eindrucksvolle ehrenamtliche Engagement in der Flüchtlingshilfe zeigt in welchem hohem Maß Menschen bereit sind, zivilgesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen. Dies gilt es nicht nur außerordentlich zu würdigen, sondern auch zu fördern und zu schützen. Und es wäre vor allem wichtig, wenn in den Medien mehr über dieses Engagement berichtet würde. Der Anerkennung der Ehrenamtlichen wegen, aber auch um ein breiteres Gesamtbild der Situation wiederzugeben, die sonst eher von negativen Bildern dieses Themas geprägt ist³.

Eine ganz entscheidende Rolle spielen natürlich die Kommunen. Denn überwiegend dort findet die konkrete und tagtägliche Aufgabenbewältigung bei der Integration von Flüchtlingen statt. Eine enge Zusammenarbeit zwischen Land und Kommunen gilt es daher zu verfolgen und entsprechende Strukturen des Austausches und der Kooperation aufzubauen, wie es in Rheinland-Pfalz zu den unterschiedlichsten Fragen getan wird.

³ Dies gilt insbesondere für die überregionale Berichterstattung. In der lokalen ist eher eine lebensnahe und positivere Berichterstattung zu finden

Ähnliches wäre in der Zusammenarbeit zwischen Bund und Länder dringend vonnöten. Die historische Herausforderung, vor der wir gerade stehen, ruft geradezu nach einer abgestimmten Politik, die den Namen „nationale Gemeinschaftsaufgabe“ verdient. Einen „Nationalen Aktionsplan Flüchtlinge“ zu entwickeln, wäre eine logische Folge. Darin sollten neben Politik, Institutionen, Zivilgesellschaft und Wissenschaft eingebunden werden, um deren breite Expertise zu nutzen und ein gemeinschaftliches Vorgehen abzustimmen. Zu diesem Schritt fehlt es dem Bund offensichtlich am nötigen Willen. Stattdessen werden Maßnahmen in Form von „Asylpaketen“ in mühseligen Verhandlungen zwischen Bund und Ländern verabschiedet, die meist mehr von politischem Kräftespiel geprägt sind, als von begründeter Sachpolitik.

Rheinland-Pfalz wird auch in der neuen Ampel-Koalition seine strategisch ausgerichtete Integrationspolitik fortentwickeln. Zu Beginn der neuen Legislaturperiode wurde bereits eine Steuerungsgruppe „Integration“ eingerichtet, in der alle Ressorts vertreten sind und die das allgemeine Integrationskonzept des Landes fortschreiben soll. Dort wird die Integration von Geflüchteten naheliegender Weise weiter eine große Rolle spielen. Sie wird aber stärker eingebettet sein, in die übergreifende Integrationspolitik des Landes, die für alle Zuwanderungs- und Integrationsfragen gilt. Auch das gehört zum Übergang vom Krisenmodus zu einer Gesamtstrategie.

Die so genannte „Flüchtlingskrise“ hat vieles in Bewegung gesetzt und erstaunliche Kräfte freigesetzt: in der Zivilbevölkerung, in Verwaltungen und Hilfsorganisationen, in Unternehmen und Bildungseinrichtungen, in Institutionen und in kirchlichen Einrichtungen. Es gibt kaum eine Institution, die sich derzeit nicht mit diesem Thema beschäftigt, um eigene Handlungsmöglichkeiten einzubringen und Verantwortung zu übernehmen. Das ist sowohl eine neue Qualität, wie auch Quantität im Umgang mit Zuwanderung, die wir so in Deutschland nicht kannten. Die Voraussetzungen, aus der „Krise“ eine Erfolgsgeschichte zu machen, sind daher durchaus gegeben. Es wird darauf ankommen, ob wir sie nutzen.

Vertretung des Landes Rheinland-Pfalz, Miguel Vincente



Sehr geehrter Herr Landrat Claus Schick,
Sehr geehrter Herr Präsident Antonio Pastrorello,
Sehr geehrter Herr Landrat Czeslaw Bilobran,
Liebe Gäste und Freunde,

ich danke Ihnen sehr für die Einladung zu Ihrer Partnerschaftstagung vom 16. bis 18. September 2016. Leider kann ich wegen unaufschiebbarer Termine in Brüssel und Straßburg nicht teilnehmen. Ich bedaure dies sehr, da ihr Leitthema ein aktuelles Thema von höchster Bedeutung ist. Denn in der Tat stellt sich die Frage, ob die kommunalen Partnerschaften eine Antwort auf die europäischen Krisen geben können.

Die Europäische Union steht vor der größten Bewährungsprobe ihrer Geschichte. Die Finanzkrise und insbesondere die Flüchtlingsproblematik der vergangenen Monate haben die Grenzen der Handlungsfähigkeit der EU aufgezeigt. Als Reaktion hierauf werden europafreundliche Mitbürgerinnen und Mitbürger vielfach zu „Euro-Skeptikern“, deren Misstrauen mit jedem fehlgeschlagenen Einigungsversuch auf europäischer Ebene wächst. Viele Menschen nehmen die EU zudem nur noch als Superbehörde wahr, die Arbeitslosigkeit und Armut produziert. Nicht zuletzt auf dieser Grundlage kam es zum Brexit. Dies ist eine weitere große Herausforderung für die Europäische Union. Spätestens mit dieser Entscheidung muss allen Verantwortlichen klar geworden sein, dass wir einen Neustart für die Europäische Union brauchen.

Ich bin sicher, dass kommunale Partnerschaften zu diesem Neuanfang der EU einen wichtigen Beitrag leisten können. So wichtig Gespräche und Verhandlungen auf höchster politischer Ebene sind, man darf eines nicht übersehen: die Entwicklung Europas beschränkte sich nie auf den Austausch von Verträgen auf politischer Ebene. Europa war immer das Europa der Bürgerinnen und Bürger. Ohne diese Säule hätte die europäische Idee keine Chance gehabt.

Ein hervorragendes Beispiel ist hierbei die Partnerschaft des heutigen Landkreises Mainz-Bingen, die im Jahre 1952 mit der Provinz Verona gegründet wurde und heute einer der ältesten kommunalen Partnerschaften Europas ist. In der Folgezeit wurden viele weitere Partnerschaften gegründet. Die Partnerschaften stellten eine Geste der Versöhnung dar, um die tiefen emotionalen Gräben, die der Krieg hinterlassen hatte, zu überwinden. Heute treten neben dem ursprünglichen Gedanken der Aussöhnung weitere Motive hinzu. Völkerfreundschaft, Toleranz und grenzüberschreitende Zusammenarbeit gewonnen und gewinnen immer mehr an Bedeutung.

Die auf dieser Grundlage entstanden Begegnungen schafften und schaffen Verständnis füreinander und machen aus Fremden Freunde. Unzählige langjährige Freundschaften sind so entstanden. Mit Fug und Recht werden die kommunalen Partnerschaften als die größte und erfolgreichste Friedensbewegung Europas bezeichnet. Kommunale Partnerschaften sind das Bindeglied zwischen den Bürgern, ihrer Gemeinde und Europa. Es ist dieser Rahmen, in dem Europa so konkret gelebt und erlebt wird. Ein gutes Beispiel ist die gelebte Partnerschaft in den drei Partnerregionen Mainz-Bingen, Verona und Neisse mit ihrem trinationalen Jugendaustausch.

Auf dieser Grundlage können die kommunalen Partnerschaften einen wichtigen Beitrag zur Bewältigung der gegenwärtigen Krise in Europa leisten. Sie können grenzüberschreitend die

aktuellen Probleme diskutieren und nach Lösungsbeiträge in ihrem kommunalen Umfeld suchen. Gerade bei der gegenwärtigen Flüchtlingsproblematik bieten sich hier manche Ansatzpunkte. Die Werte der Integration und Solidarität bilden dabei - wie Sie zu Recht in Ihrem Tagungsprogramm aufzeigen - eine gemeinsame Herausforderung.

Ich möchte diesen Beitrag nicht ohne ein Wort des Dankes schließen. Kommunale Partnerschaften werden getragen von dem ehrenamtlichen Engagement vieler Menschen. Ohne sie wären Partnerschaften nicht lebensfähig. Sie bilden das Fundament für Europa. Dafür verdienen sie unseren Dank und unsere Anerkennung.

Bei aller Diskussion über den richtigen Weg für die zukünftige Gestaltung der Europäischen Union, eines muss unser gemeinsamer Konsens sein: Die europäische Idee, die uns für mehr als 70 Jahre Frieden und Freiheit gewährleistet hat, darf nicht beeinträchtigt werden. Ich bin sicher, dass Ihre Partnerschaftstreffen hierzu ihren Beitrag leisten.

A handwritten signature in black ink, reading "Birgit Collin-Langen". The signature is written in a cursive, flowing style with a long horizontal stroke at the end.

Birgit Collin-Langen, MdEP

Adressen und Kontaktdaten

Kreisverwaltung Mainz-Bingen
Partnerschaftsbeauftragte Ricarda Kerl
Georg-Rückert-Straße 11
55218 Ingelheim
Telefon: +49 (6132) 787 1001
Mobil: +49 (152) 09 214 314
Kerl.Ricarda@Mainz-Bingen.de

Kreisverwaltung Mainz-Bingen
Tanja Schäfer
Georg-Rückert-Straße 11
55218 Ingelheim
Mobil: +49 (172) 66 17 587

Hotel Am Lerchenberg
Hindemithstraße 5
55127 Mainz
Telefon: +49 6131 934300

Wasems Kloster Engelthal
Edelgasse 15
55218 Ingelheim
Telefon: 06132 2304

Palmbräu Gasse
Hauptstraße 185
69117 Heidelberg
Telefon: 06221 28536

Provinz Verona
Partnerschaftsbeauftragte
Anna Kapka
Mobil: +39 (335) 6590329

Landkreis Nysa
Leiterin d. Abt. Promotion, Sport u.
Tourismus
Izabela Kicak
Mobil: +48 (506) 659810

Provincia di Verona
Turismo srl
Dott. Monica Viviani
Mobil: +39 (348) 348 8286123

Busfahrer
Hartmut Schub,
Telefon: 0172 6993870

Busfahrer
Michael Heib
Telefon: 0173 8828001

Stadtführer Heidelberg
Jean Philippe Loddo
Telefon: 00491634946862

Busfahrer
Rainer Scholl,
Telefon: 0171 672655

Weingut Eppelmann
Kirchgasse 10
55271 Stackeden-Elsheim
Telefon: 06136 27 78

Weingut Junghof
Staatsrat-Schwamb-Straße 38
55278 Udenheim
Telefon: 06737 213